

Presse-Information

VdW kritisiert voraussichtliche Kürzung bei Wohnraumförderung scharf

28.6.2010

Als „dritten Schlag innerhalb kurzer Zeit gegen die Wohnungsunternehmen“ kritisiert Alexander Rychter, Direktor des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, die drohende Kürzung bei der Wohnraumförderung in NRW. „Die ursprünglich für 2011 eingeplanten eine Milliarde Euro sind dringend notwendig, um den benötigten Wohnraum zu schaffen und soziales Wohnen auf dem erforderlichen Niveau zu ermöglichen“, sagt Rychter.

SPD und Grüne haben in der vergangenen Woche in einer Pressemitteilung Befürchtungen geäußert, wonach die NRW.BANK 2011 nicht die volle Summe der eingeplanten eine Milliarde Euro zur Wohnraumförderung auszahlen könne. Von 200 Millionen Euro weniger ist die Rede. Verantwortlich dafür machen die künftigen Regierungskoalitionäre die noch amtierende schwarz-gelbe Regierung. Diese habe massiv Haushaltssanierung auf Kosten des sozialen Wohnungsbaus betrieben. Wie der VdW erfuhr, soll in den letzten Jahren das Prinzip des revolvingenden Fonds aufgebrochen worden sein: Das heißt, die NRW.BANK, bzw. die Wohnungsbauförderungsanstalt WfA haben mehr Geld für die Wohnraumförderung einschließlich der Tilgung der Bundesmittel verausgabt als durch Tilgung und Zinsen eingenommen werden konnte.

Die CDU nannte die Pressemitteilung haltlos, vielmehr versuchten SPD und Grüne offenbar die Hilfszusagen für notleidende Kommunen auf Kosten des geförderten Wohnungsbaus umzusetzen.

VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter kritisiert die voraussichtliche Mittelkürzung scharf: „Wer auch immer bei dem politischen Schwarze-Peter-Spiel gewinnt, die Verlierer werden auf jeden Fall die Menschen sein, die auf die soziale Wohnraumförderung angewiesen sind.“ Rychter fordert, die Mittel in Höhe der notwendigen eine Milliarde Euro beizubehalten. „Nach der Halbierung der CO2-Gebäudeprogramm-Mittel und der Städtebauförderung wäre die Verminderung der Wohnraumförderung der dritte Schlag ins Gesicht der Wohnungswirtschaft“, urteilt Rychter. Auf diese Weise könnten die Wohnungsunternehmen den an sie gestellten sozialen und umweltpolitischen Anforderungen nicht gerecht werden.